

Schluss in Ehren, aber Schluss!

Die Rede Scheidemanns.

Die Rede, die Genosse Scheidemann am Mittwoch im Reichstag gehalten hat, liegt nun im „Vorwärts“ im Wortlaut vor, und die kräftigen und mannhaften Worte, die der sozialdemokratische Redner gegen die Militärparteien fand, die den Frieden hindern, werden sicherlich auch hier lebhaftest Zustimmung finden. Insbesondere tut es einem wohl, diese tapferen Zurückweisung der Eingriffe und Uebergriffe der Obersten Heeresleitung zu vernehmen. Scheidemann führte aus:

Grundsätzlich sind wir Sozialdemokraten Gegner aller Annexionen und Vergewaltigungen, mögen diese nun leicht oder schwer ausführbar, mit kleinen oder großen Opfern erreichbar, dem erobernden Volke fürs erste nützlich oder schädlich sein. Wir wären also mit unserer Parole: „Keine Annexionen, sondern Verständigung!“ auch dann hervorgetreten, ja wir wären mit ihr dann erst recht hervorgetreten, wenn wir von vornherein nur nach einer Seite Krieg zu führen gehabt, wenn wir nur gegen einen viel schwächeren Gegner gekämpft und um einen viel leichteren Sieg gekochten hätten. Unterdrückung wirkt um so aufreizender, je größer der Machtunterschied zwischen den Unterdrückten und den Unterdrückten ist, und stets werden wir Sozialdemokraten dem

Uebermut der Uebermächtigen entgegentreten in der inneren wie der äußeren Politik. Aber um diese Grundsätze handelt es sich hier gar nicht, sondern um die weitreichende Uebereinstimmung, die in der Beurteilung der Tatsachen bei grundsätzlichen Gegnern jeder Eroberungspolitik und bei den Politikern herrscht, die theoretisch durchaus anders denken; darüber nämlich, daß dieser Krieg von Deutschland nicht als Eroberungskrieg geführt werden darf, wenn er nicht zum Untergang des deutschen Volkes und stellenweise ganz Europas führen soll. Ausschlaggebend für dieses Urteil ist die Einschätzung der auf beiden Seiten wirkenden materiellen und moralischen Kräfte, die zwar bei richtiger Ausnutzung unserer Kraft dem Deutschen Reich gegenüber den ungeheuersten Anfechtungen seinen unverminderten Fortbestand gewährleisten, auf der anderen Seite aber das Streben nach einer deutschen Vormachtstellung in der Welt als ein aussichtsloses Beginnen erscheinen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich will in diesem Zusammenhang nicht untersuchen, ob das Streben nach einer deutschen Welt Herrschaft unter irgend welchen Umständen den Interessen des deutschen Volkes wie der übrigen Menschheit hätte entsprechen können. Ich behandle hier nur die rein praktische Seite dieser Frage, und da kann ich wohl sagen, daß keine Politik zur Begründung einer deutschen Welt Herrschaft schlechter dienen könnte als die, die in den letzten dreißig Jahren getrieben worden ist. Eine Politik, die auf die Errichtung einer deutschen Welt Herrschaft ausgegangen wäre, hätte zweierlei tun müssen: sie hätte sich ihren jeweiligen politischen Gegner sorgfältig auszuwählen müssen, um ihn diplomatisch zu isolieren und dann zu schlagen, und sie hätte der Sache des Deutschen in der ganzen Welt Sympathien erwerben müssen, so daß die Völker oder doch wesentliche Teile von ihnen, in dem Machtfortschritt Deutschlands eine Förderung ihrer eigenen Interessen erblickt hätten.

Ich stelle das fest, ohne damit sagen zu wollen, daß eine solche Politik des Welt Herrschaftstrebens in ihren Zielen unseren Beifall und unsere Förderung gefunden hätte. Genug, diese Politik ist nicht getrieben worden. Wir sind vielmehr in diesen größten aller Kriege ohne jedes Ziel — ich finde keinen anderen Ausdruck dafür — hineingetaucht. (Sehr wahr!) Vor Feinden rings umstellt, von wütendem Haß der ganzen Welt umgeben, konnte Deutschland gar keine andere Politik treiben als die: aus seinen Menschenleibern feste Dämme aufzurichten, an denen sich der Ansturm der Leidenschaften der Feinde brach, bis er wieder verlies. Seine Kriegszielpolitik aber mußte gar nicht aus Gründen des Prinzips, sondern schon allein aus rein praktischen Erwägungen im wesentlichen auf die Erhaltung des Bestehenden gerichtet sein, womit natürlich nicht gesagt ist, daß nicht im Laufe des Krieges Machtverschiebungen eintreten konnten wie zum Beispiel die durch die russische Revolution hervorgerufene. Deutschland mußte sich aber hüten, als gewaltsamer Umstürzer der bestehenden Weltordnung zum eigenen machtpolitischen Vorteil zu erscheinen, weil es dadurch die feindliche Machtkoalition immer aufs neue befestigen, die moralische Widerstandskraft erhöhen, ja auch die schon zum Frieden gebrachten Völker zu immer neuen Versuchen der Gegenwehr aufpeitschen mußte. Deutschland mußte also einen nationalen Verteidigungskrieg führen, den es sofort zu beenden bereit war, sobald sein Bestehen von den Feinden nicht mehr bestritten und angegriffen wurde. Dieser Auffassung in der deutschen amtlichen Politik zum Durchbruch zu verhelfen, dafür hat die deutsche Sozialdemokratie nun seit bald vier Jahren gekämpft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und es hat während des Krieges keine Regierung in Deutschland gegeben, die diese unsere Auffassung nicht nahezu restlos geteilt hätte. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und Bewegung.) Das auszusprechen ist keine Indiskretion — die Tatsachen sind zu bekannt. Und darum hat uns die Kühlmannsche Rede gar nicht überrascht. Wir haben aus ihr nur herausgehört, was wir seit Kriegsbeginn immer wieder vorgeschlagen und wofür wir immer, abgesehen von den lärmenden Protesten der Unbesonnenen und der Vaterlandsparteiler, Zustimmung gefunden haben. Ich schlage Ihnen vor, sämtliche Herren, die mit der auswärtigen Politik amtlich befaßt sind oder waren — Reichskanzler, Staatssekretäre, Botschafter und sonstige Diplomaten —, zu einer vertraulichen Aussprache über die Rede des Herrn v. Kühlmann am vorletzten Montag einzuladen — ich glaube nicht, daß auch nur ein einziger unter ihnen sein wird, der den Ausführungen des Staatssekretärs widersprechen wird. Mancher wird vielleicht aufstehen und erklären, diese Rede sei ein großer Fehler gewesen — so etwas denke man wohl, aber man sage es nicht! (Heiterkeit.) Diese Auffassung, der man ja auch im Privatgespräch vielfach begegnet, müssen wir mit der größten Entschiedenheit bekämpfen. Herr v. Kühlmann hat ausgesprochen, was wir alle denken! (Lebhafte Zustimmung; Widerspruch rechts.) Und dadurch wäre seine Rede zur politischen Tat geworden, wenn ihr nicht schon am Tage darauf die zweite Rede gefolgt wäre. Zur Entschuldigung des Staatssekretärs kann ich wiederholen, daß er seine erste Rede nicht widerrufen hat, er hat aber, der Ton macht die Musik, gerade genug getan, um ihre Bedeutung abzuschwächen, und hat dadurch den Nutzen, den er beinahe hätte stiften können, wieder zerstört. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man kann sich leicht vorstellen, welchem Trommelfeuer telephonischer und mündlicher Vorwürfe und Beschuldigungen der Staatssekretär ausgesetzt gewesen sein mag, als er sein aufrichtiges Wort gesprochen hatte. Vielleicht gibt er selbst Auskunft darüber, in wieviel Variationen er damals das ewig unvergängliche Wort der Staatsborniertheit gehört haben mag: Sie haben ja ganz recht, mein Lieber, aber so etwas darf man doch um Gottes willen nicht sagen. Das gehört ja nicht zu den veredelnden Wirkungen des Krieges, daß durch ihn eine Atmosphäre der öffentlichen Berlogenheit hergesteilt wird

in der jedes wahre Wort als gefährlich gilt. Befreien wir uns doch von diesem Uberglauben, machen wir doch dem Lügensystem ein Ende! (Sehr gut! links.) Wir können es! Es hat keine Gefahr, wenn wir so laut und so oft als möglich aussprechen: Wir sind zwar willens und imstande, uns gegen eine ganze Welt zu behaupten, wir werden aber niemals durch militärische Machtmittel in den Stand gesetzt werden, der Welt unseren Willen aufzuzwingen. Diese Erkenntnis, immer wieder ausgesprochen und in ihren Konsequenzen auf unsere Politik folgerichtig angewendet, ist das einzige Mittel, den Krieg in absehbarer Zeit wirklich zu beenden. Der größte militärische Erfolg, selbst wenn er diesen Krieg zu einem vorläufigen Abschluß brächte, könnte uns für sich allein nur einen Waffenstillstand bringen, aber den Frieden nicht, der uns die Möglichkeit gäbe, uns von dem grauenhaften Leiden dieses Krieges wieder zu erholen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist so viel von einer Friedensoffensive gesprochen worden. Ich rate, es einmal mit einer Offensive zu versuchen, die bisher nicht versucht worden ist: mit einer Offensive der Wahrheit. (Sehr gut! links.) Das scheint mir die Offensive zu sein, zu der der Mut am meisten fehlt. Wir werden eher wieder ein halbes oder ein Drittel Friedensangebot bekommen als eine Politik der unbedingten Wahrheit oder Klarheit. Der Rückzug, den Herr v. Kühlmann vor dem Großen Hauptquartier angetreten hat, eröffnet uns in dieser Beziehung die unerfreulichsten Aussichten. Wo ist der Mann im Bürgerrock, der unerschrocken den Herren im Großen Hauptquartier sagt, daß sie in einer Selbsttäuschung sind, wenn sie glauben, der Welt einen Frieden aufzuzwingen zu können? Sie können vielleicht Paris nehmen, vielleicht die Engländer aus Frankreich vertreiben, vielleicht alle Feinde in eine Lage bringen, in der sie zum Friedensschluß gezwungen sind, aber den Weltfrieden, den das deutsche Volk will, so bald als möglich will, werden sie durch rein militärische Mittel nie erreichen. Den kann nicht das Schwert allein erringen, der ist nur möglich durch kluges politisches Vorgehen. Dem dürsten sich die Herren im Hauptquartier nicht in den Weg stellen, die doch in der Politik Dilettanten sind. (Sehr wahr! links.) Sie sollten die Hände von der Politik lassen, von der sie nicht allzuviel verstehen, damit wir nicht gezwungen sind, ihre militärischen Leistungen, die wir bewundern, durch politische Kritik zu trüben. Statt dessen erleben wir jetzt Anzeichen einer so ausdringlichen Herrschaftsucht, daß sie notgedrungen die schärfsten Konflikte hervorrufen muß! Ob die Herren von der Regierung es sich persönlich gefallen lassen, daß ihre hier getanen Ueberlegungen militärisch zensiert werden, lasse ich dahingestellt. Daß es sich der Reichstag nicht gefallen lassen kann, ist eine Selbstverständlichkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist an sich schon überaus schmerzlich, daß der Presse vorgeschrieben wird, wie sie Ministerreden aufzufassen hat. Aber daß der Presse von einer Stelle aus, die selber über die Ministerreden wütend ist, nicht erlaubt wird, einer Rede den Sinn zu geben, den sie wirklich gehabt hat, ist ein geradezu unerträgliches Zustand. (Sehr wahr!) Ich fürchte sehr, die Presse geht schlimmen Zeiten entgegen, während der Reichstag dem nicht gewachsen ist. Denn der Verfassungszustand, unter dem wir leben, ist doch nur der militärische Absolutismus, gemildert durch die Furcht vor dem parlamentarischen Skandal. (Heiterkeit und Beifall.) Die Herren der Regierung sind nicht zu beneiden. Diese Zivilregierung eines in hundert Schlachten erprobten Volkes scheint sich nicht immer über den ganzen Ernst der Situation und über die Größe ihrer Aufgabe klar zu sein. Der Gedanke, daß sie dazu berufen ist oder sein könnte, unser Volk aus dieser ungeheuren Katastrophe hinaus in eine bessere Zeit hinüberzuführen, müßte sie mit einer solchen unwiderstehlichen Energie erfüllen, daß vor ihrem Tun alle Hindernisse zersplitterten. (Lebhafte Beifall links.) Wir wünschen lebhaft, daß sich die Regierung Achtung erkläre an jeder Stelle, daß sie ihre Ueberzeugung nach jeder Seite verrete, daß sie ihre Absichten offen darlegt und mit Energie durchsetzt. Wenn ihr das nicht gelingt, sollte sie gehen. Wir wünschen eine Regierung, die auf ihrem Gebiet die Gegner nieber ringt wie die Heeresleitung auf dem ihrigen.

Täuschen Sie sich nicht darüber, in den Massen herrscht eine aufs höchste gesteigerte Erbitterung, nicht nur bei dem Industrieproletariat, sondern auch in breiten Massen der Beamten und Angestellten, des Mittelstandes und der ländlichen Bevölkerung. Es gibt nur eine Stimmung, die sich in dem Wort zusammenfaßt: Schluss in Ehren selbstverständlich — darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit —, Schluss ohne Beeinträchtigung Deutschlands, aber Schluss! (Lebhafte Zustimmung links.) Das Volk kennt die Wahrheit und ist gegen alle Versuche der Stimmungsmache gänzlich abgestumpft. Es will den Krieg als erfolgreichen Verteidigungskrieg möglichst rasch beenden. Die Regierung muß unbeugbarer Träger dieses Volkswillens sein. Wir fordern von ihr, daß sie Belgians Recht auf Selbständigkeit unumschränkt anerkennt und alles tut, was der schnellen Herbeiführung des Friedens dient, ohne Deutschlands Lebensinteressen preiszugeben. Eine Regierung, die solche weitausschauende Friedenspolitik triebe, würden wir freudig unterstützen; einer Regierung, die nach vier Kriegsjahren noch immer nicht über den Belagerungszustand hinwegkommt, können wir den Etat nicht bewilligen. Es ist höchste Zeit, die Volksbedürfnisse zu erkennen und danach entschlossen zu handeln. Das ist kein leichtsinniges Wort, sondern eine tiefernste Mahnung und Warnung: es geht um Tod und Leben von Millionen! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)